

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

288 (9.12.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.20 M., halbjährl. 3.60 M., zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bzw. 3.90 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/8-1/11 u. 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 S. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss der Annahme 1/20 vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Götz & Cie., Karlsruhe

Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. Diez, Karlsruhe.)

IV.

Ob die Zusammenlegung der Volksvertretung nach dem hier vorgeschlagenen automatischen System oder nach einem anderen Proportionalwahlssystem erfolgt, bleibt sich im Endergebnis in der Hauptsache gleich.

Für die Dauer der Gesetzgebungsperiode (Landtagsperiode) schreibt das E. V. in I Abs. 3 die Frist von 2 Jahren vor. Die bisherige badische Verfassung hatte nach § 37 eine 4jährige Landtagsperiode, der Reichstag nach Art. 24 der W. B. ursprünglich eine 3jährige, seit 1888 eine 5jährige Legislaturperiode. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß 2 Jahre schon eine reichlich lange Frist für das Abgeordnetenmandat sind und daß es sich nicht empfiehlt, diese Frist zu überschreiten. Die Eigenschaft als Abgeordneter erlischt hiernach, wenn seit dem Tag der periodischen Neuwahl 2 Jahre unfließend sind. Die periodische Neuwahl hat gleichzeitig für sämtliche Abgeordnete stattzufinden. Die „Partialerneuerung“, wie sie die badische Verfassung vor der letzten Revision noch kannte, und welche „zu rasche“ Veränderungen in der Zusammenlegung des Landtags verhüten sollte, war schon bei der letzten Verfassungsrevision als überlebt erkannt und abgeschafft worden.

Die zweijährige Landtagsperiode zerfällt ihrerseits in zwei Sitzungsperioden („Sessionen“) von je einjähriger Dauer. In jeder Sitzungsperiode ist über das Budget („Finanzgesetz“) Beschluß zu fassen, wie es der Vorchrift der jährlichen Steuerbewilligung in E. V. II Abs. 4 entspricht und auch schon in § 79 der bisherigen Verfassung vorgeschrieben war.

Hand in Hand damit geht die weitere Bestimmung, daß auch jedes Jahr eine Versammlung des Landtags stattfinden muß, während nach § 64 W. B. bisher nur alle 2 Jahre eine Ständeversammlung stattfinden mußte.

Daß auf die Mitgliedschaft im Landtag durch schriftliche Erklärung Verzicht geleistet werden kann, und daß der an die Stelle des Zurücktretenden tretende Erlahmann nur für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen tätig sein kann, sowie daß die aus dem Landtag ausgeschiedenen Mitglieder wieder wählbar sind, sofern im Zeitpunkt der Neuwahl die gesetzlichen Voraussetzungen der Wählbarkeit vorliegen, entspricht dem schon bisher geltenden Rechtsanschauungen und Gesetzesbestimmungen.

Im übrigen empfiehlt es sich, die Vorschriften über die Ausübung des Wahlrechts, insbesondere über die Wahlfreize, wie schon bisher durch besonderes „Wahlgesetz“ zu regeln, da diese Einzelbestimmungen nicht wichtig genug sind, um in der Verfassung aufgenommen zu werden und außerdem sehr vielfach im Laufe der Jahre erst der Ausprobierung und mancher hiernach sich als notwendig herausstellenden Abänderung unterliegen.

Das gleiche gilt für die Regelung der den gewählten Vertretern zu gewährenden Entschädigung, wie sie durch E. V. I Abs. 5 vorgeschrieben ist, durch ein besonderes Gesetz („Dienstgesetz“). Es genügt, wenn in der Verfassung der Anspruch der Volksvertreter auf Gewährung der Entschädigung als solcher festgestellt wird und mit dem früheren, insbesondere in Art. 32 der W. B. aufgestellten Prinzip, daß die Abgeordneten als solche keine Vergütung beziehen dürften, endgültig gebrochen wird. Die Festlegung der Art und Höhe der zu gewährenden Entschädigung ist nach Zeit und Umständen einer Wandlung unterworfen und daher zur Aufnahme in die für die Dauer bestimmte Verfassung nicht geeignet.

Für die ungeführte Durchführung der Arbeiten der Volksvertretung sind eine Reihe von weiteren Vorschriften über die sogenannten „kollegialen“ Rechte des Landtags und die ihm und seinen Mitgliedern zu gewährenden Schutzrechte (Privilegien), über die Zuständigkeit der Volksvertretung und die Art und Weise ihrer Beschlussfassung, insbesondere bei der Feststellung von Gesetzen und Steuern erforderlich. Bevor hier auf diese Einzelbestimmungen eingegangen werden kann, erscheint es notwendig, einerseits das Verhältnis der Volksvertretung zu der Volksgemeinschaft, insbesondere zu den von der Volksgemeinschaft beanspruchten Rechten des Volkssouveränitätsrechts (Volkssouveränität) und Volkssubstanz (Volkssubstanzreferendum), andererseits zu dem mit der Handhabung der laufenden Regierungsgeschäfte zu betrauten Organ — dem Staatsministerium — und dessen Beratung und Zusammenlegung einer näheren Erörterung zu unterziehen. Dies soll daher zunächst geschehen.

Eine Kundgebung an die Völker der ganzen Welt.

Karlsruhe, 7. Dez. (Heimatfunkstation.) Der Bund neues Vaterland hat an die Regierungen und die Völker der ganzen Welt folgende Kundgebung gerichtet:

Die Grundgesetze der deutschen Revolution lassen sich gegen kontrarevolutionäre Bestrebungen nur sichern, wenn die Ernährung des ganzen Volkes gesichert wird. Der Bund neues Vaterland hat sich durch genaue Einsicht in den Stand der Ernährungsfragen davon überzeugt, daß das deutsche Volk vom alten Regime hierüber genau so betroffen worden ist, wie über die Kriegsurachen. Da die Regierungen der Entente wiederholt erklärt haben, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen dessen Regierung führe, sprechen wir die Erwartung aus, daß sie die Leiden unseres Volkes nicht durch Maßnahmen erhöhen, die sie von ihrem Standpunkt glauben, als Sicherungen vornehmen zu müssen, die aber überflüssig geworden sind, da sich das deutsche Volk ein für alle mal von seiner gewaltigen Autokratie befreit hat. Die Welt kann davon überzeugt sein, daß die Fortführung der Revolution zur Schaffung konsolidierter Verhältnisse nur möglich ist, wenn die geringen inländischen Vorräte durch sofortige Zufuhren des Auslandes in genügender Weise ergänzt werden.

Bund neues Vaterland.

Die rheinisch-westfälische Zentrumsrepublik.

W. Köln, 7. Dez. Eine vom Arbeiterrat Köln einberufene Versammlung erhob schärfsten Protest gegen den Plan bürgerlicher und Herrschaftskapitalistischer Kreise, die rheinisch-westfälische Republik auszurufen. In diesem Vorhaben, unter dem Schutze der Okkupationsmächte die westdeutschen Provinzen in Gefahr der Loslösung vom Reiche zu bringen, ganz gleich in welcher Form dies geschieht, erblickt die Versammlung einen Verrat an der deutschen Volkseinheit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die großkapitalistischen Kreise einen selbständigen rheinisch-westfälischen Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden Sozialisierung der Produktionsmittel zu schützen. Die Herrschaftskapitalisten verfolgen kirchenpolitische Interessen und fallen dem deutschen Volk in jedem Falle in den Rücken. Die Versammlung erklärt, daß nur der großdeutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des deutschen Sprachgebietes einschließlich Deutsch-Oesterreichs Genähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann. Jeder Separatismus und Partikularismus wird entschieden abgelehnt. Die Versammlung gelobt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die volksfeindlichen Lösungsbestrebungen zu bekämpfen.

W. Köln, 8. Dez. Der „Köln. Generalanzeiger“ meldet aus Mülheim a. d. R.: Wegen Landesverrats, begangen durch den Verlust, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jr. und Edmund Stinnes, sowie die Direktoren Herle, Becker, Birch, Kommerzienrat Kühn und Veranlasser Stenz verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster abtransportiert und werden von dort nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

W. Mülheim a. d. R., 8. Dez. Die Firma Thyssen u. Co. protestiert in einem Telegramm an den Reichskanzler Ebert gegen die Verhaftung der Herren August Thyssen und Fritz Thyssen, sowie der Direktoren der Firma Dr. Moser, Dr. Gerle und Becker, die unter der Anschuldigung erfolgt war, am Donnerstag, den 5. Dezember, einer Versammlung in Dortmund beigewohnt zu haben, in der darüber beraten worden sei, die Entente zur Besetzung des Industriegebietes herbeizurufen. Demgegenüber erklärt die Firma Thyssen, daß sich an dem betreffenden Tage keiner der Herren in Dortmund befand.

W. Köln, 6. Dez. Die in weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung einwirkende Bewegung für die Loslösung der Rheinlande von Preußen hat die Kölner Kundgebung mit Freuden begrüßt. Es wurde folgendes Telegramm an Justizrat Trimborn in Köln geschickt:

Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinland am Rheinischen Lande begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monaten an dem erstrebten Ziele weiterarbeiten. Hand in Hand mit Köln.

Vom besetzten Gebiet.

Köln, 7. Dez. (W. P.) Heute nachmittag kamen hier 400 Mann englischer Infanterie in den Vorort an und bezogen Privatquartiere. Die zur Verfügung gestellten öffentlichen Gebäude wurden nicht benutzt.

Der Zentrumstrick.

Karlsruhe, 8. Dez.

Verfolgt man in täglichem Studium die politischen Ausführungen der Zentrumsblätter, hört man den Reden der Zentrumsagitatoren in ihren Versammlungen zu, so könnte man den Eindruck gewinnen, daß die katholische Kirche und ihre Zugehörigen gegenwärtig die kritischsten Stunden ihrer Geschichte durchleben. Und alle Gefahr soll auf einmal von der Partei kommen, auf die das Zentrum in der Verteidigung religiöser Freiheiten von jeher als Bundesgenosse zählen konnte: von der Sozialdemokratie. Was ist denn eigentlich für ein Novum eingetreten, das die Zentrumspartei so in Harnisch gegen die Sozialdemokratie bringt? Unsere Grundzüge und unser Verhalten gegenüber den Kirchen, Religionen und der religiösen Betätigung von Gläubigen aller Konfessionen sind die alten geblieben. Wir stehen fest auf dem Boden der Toleranz mit dem prachtvoll die Neutralität bezeugenden Motto: Religion ist Privatfache. In unserer Partei haben wir Gläubige und Atheisten, haben wir Angehörige aller Konfessionen. Wir fragen sie weder nach ihrer Konfession noch nach der besonderen Art ihrer Weltanschauung, d. h. wir machen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kirchenbekenntnis oder zu einer bestimmten Weltanschauung nicht zur Bedingung des Eintritts in unsere Partei. Hört man privatim herum, wie so über diese Probleme geredet wird, nimmt man Einblick in die religiösen Abhandlungen der Partei-Zeitungen und Zeitungen, so kann man auch innerhalb der Sozialdemokratie die charakteristische Wandlung der letzten Generation vom vorherrschenden Atheismus zu einer religiösen Weltanschauung konstatieren. In einem einleitenden Artikel über „Kirche und Staat“ Nr. 271 haben wir die Haltung der Sozialdemokratie zur Religion und Kirche erörtert. Unsere Ausführungen bewegten sich unter entscheidender Abgabe an den mechanischen Atheismus im Geleise des sogenannten teleologischen Gottesbeweises, d. h. einer Betrachtung, die aus der zweckmäßigen Gestaltung des Weltgebäudes den Schluß auf eine geistig-schöpferische Kraft als Ursache des Univeriums nahelegt. Ohne Frage: vor ganzlich dreißig Jahren hätte ein solcher Leitartikel in keinem sozialdemokratischen Organ stehen können. Daß dieses heute ohne Bedenken geschehen und die offene Zustimmung des sozialistischen Publikums finden konnte, darf als ein letzter vollgültiger Beweis für die Ausmerzungen jeder religions- und kirchenfeindlichen Haltung der Sozialdemokratie gelten.

Die Herren vom Zentrum haben ja ohne Frage eine holländische Witterung für Neußerungen der zeitgenössischen Religiosität. Sie kennen unsere Haltung zur Religion und Kirche sehr genau. Warum ihre feindselige Haltung und ihre immer wiederholte Warnung vor der religions- und kirchenfeindlichen Sozialdemokratie?

Die Erklärung dafür ist diese: Das Zentrum braucht, um bestehen und wachsen zu können, einen Gegner, braucht eine scharfe Gegnerschaft derjenigen kirchlichen Interessen, die es als politische Fraktion vertritt. Von Hause aus ist es eine kirchliche Kampfpartei, die kirchliche Kampfpartei ist es groß geworden. Erst seit dem Kulturkampf, der es vernichten sollte, ist es die Partei der hundert Reichstagsabgeordneten geworden und diese Anzahl von Mandaten hat es mit geringen Schwankungen nach oben und nach unten beibehalten. Auch als der Kulturkampf mit einem kläglichen Fluske seiner Anführer eingestürzt wurde, blieb es eine religiöse Streitpartei und hatte als solche sein wichtigstes Propagandamittel im Hinweis auf die kulturkampferischen Reigungen, die bei den Nationalliberalen allezeit bestanden und bei den übrigen bürgerlichen Parteien von Zeit zu Zeit auflebten.

Nun muß es seinen Charakter als religiöse Streitmacht weiter bewahren. Es braucht weiter eine religiöse Gegnerschaft und ist der Gegner nicht da, so muß es ihn erfinden. Das Zentrum steht heute vor dieser Situation. Es hat als Kirchenpartei keine Feinde. Jetzt muß es den Feind fingieren. Wer kommt da in Betracht? Die Nationalliberalen haben so abgewirtschaftet, daß sie den Rest ihres Bestandes nicht durch eine Opposition gegen das Zentrum gefährden können. Bei den Freikonfessionellen, die ehemals zuweilen Neigung zeigten, den kulturkampferischen Anhang zu bilden, steht es ebenso und vielleicht noch schlimmer. Die fortschrittliche Volkspartei hat längst aufgehört, Kulturkampf zu treiben und auch sie ist nicht die Partei, gegen die es lohnt, den ganzen Agitationsapparat des Zentrums in Bewegung zu setzen. Bleibt nur die Sozialdemokratie übrig. So wurde die Sozialdemokratie als kirchenfeindlich markiert und alle Mann vom Zentrum gegen sie auf Deck gerufen. Nicht eine sachliche Verurteilung also, sondern ein Umstand der Konjunktur hat das Zentrum bewogen, aus uns den Gottliebsteins kirchlich-religiöser Gegnerschaft zu machen.

Auf diese Rolle aber gehen wir nun aber durchaus nicht ein, so oft und so polternd das Zentrum erklären möge, dort steht der Feind, so oft und so bestimmt werden wir erwidern: das ist Täuschung. Wir sind keine Gegner kirchlicher Betätigung und infolgedessen auch keine Gegner kirchlicher Betätigung.

weit sie die Verteidigerin dieser Betätigung ist. Mit der Durchführung des Prinzips: „Religion ist Privatangelegenheit“ sind alle Freiheiten eingeräumt, die ein kirchlicher Kultus braucht und die ihre Funktionäre für die Ausübung dieses Kultus brauchen. Mehr können sie nicht verlangen. Tut ihr es doch, besteht ihr etwa auf die Etablierung des Kirchenstaates, auf die Aufrichtung der politischen Macht des Papstes, auf die Abschaffung der Zivilrechte und dergl., so strebt ihr weltliche Forderungen an und wir sind keine Kirchen- und Religionsfeinde, wenn wir dagegen in Opposition treten.

Über die Trennung von Kirche und Staat? Meine Herrschaften vom Zentrum, diese Trennung vollendet erst das Werk der kirchlichen Freiheit. Sie erst ist die Erfüllung der Forderungen, die das Zentrum am Eingang seiner Geschichte gestellt hat. Die Fraktion stellt sich zur besonderen Aufgabe, ... insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten. Dieses Programm hat das Hauptblatt des Zentrums, die „Germania“, am 1. Januar 1871 aufgestellt und die Zentrumsparlei folgte demselben Programm acht Jahre später in die Formel: „Freie Bewegung für die Kirche und Befreiung der Reichsgesetze, welche die Selbständigkeit und die Rechte der Kirche beeinträchtigen“. Praktisch ist eine solche Forderung ja gar nicht anders als durch die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Erst dann wäre beispielsweise der Standa unumgänglich, daß ein Minister wie i. B. der liebe Hingst die Geistlichen anweist, für die Fortsetzung des Krieges auf den Kanzeln zu predigen und dafür die Autorität des Gotteswortes in Anspruch zu nehmen. Dann erst wird es nicht mehr vorkommen, daß Missionare im Auftrag der Regierung in fremde Weltteile hingehen und mitnehmen, die Eingeborenen unter das Joch kapitalistischer Ausbeutung zu bringen. Es können oder es brauchen dann alle die Mißstände und Niederträchtigkeiten nicht vorzukommen, zu deren Verübung die Kirche unter dem Druck der Staatsmacht gezwungen wurde. Unter den bisherigen Verhältnissen war die Kirche jeder Form Staatskirche. Erst die Trennung beider Institutionen und deren beiderseitiger Kompetenzen wird sie von dieser Unfreiheit erlösen, wird das Zentrum alles das erreichen lassen, was es in seinem ursprünglichen Programm als Forderung aufgestellt hat: Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen.

Die historische Aufgabe des Zentrums ist getan. Als Partei des kirchlich-politischen Katholizismus müßte es von der Bühne abtreten. Seine naturgemäße, logische Entwicklung treibt es auf den Zerfall in seine verschiedenartigen Bestandteile hin: etwa so, daß der rechte Flügel unter Grafen Eze und Hertling sich mit den Konservativen vereinigt bei links unter Erzberger zu den Fraktionen des demokratischen Blocks schießt. Das wäre saubere Arbeit. Aber von der geschichtlichen Entwicklung geforderten logischen Souveränität wird sich das Zentrum vorläufig nicht aufheben. Es wird weiter unter alten oder neuen Namen Kirchenpartei bleiben wollen. So sei es denn. Das Ende wird von dem Ausschickeligen tragen: von einem Kampf oder von der Sammlung zu einem Kampf leben zu wollen, dem sich kein Gegner stellt.

Deutsches Reich.

Wie das Volk belogen wurde.

Die Arbeit der Zensur.

Der amerikanische Kriegsminister Baker hat am 1. Juli d. Js. dem Präsidenten einen Bericht über die Truppenverteilung unterbreitet, der auch in der Londoner „Times“ abgedruckt wurde. In den Hauptzahlen ergab sich daraus folgendes: Es sind nach Frankreich geschickt im Juni 1917 12 000 Mann, Juli 13 000, August 18 000, September 33 000, Oktober 38 000, November 23 000, Dezember 43 000 Mann, im Januar 1918 47 000 Mann, im Februar 48 000

Im Flugzeug nach Berlin.

Von Jakob Altmaier in der „Frankf. Volksstimme“.

So ziehen wir über den Thüringer Wald, der tief unter uns liegt. Einmal und allein, verlassen von allen Menschen, unser Leben in der Hand einer Maschine, die sicher und ruhig doch wie ein Menschenherz. Ueber Täler geht es und Höhen, dort liegt die Wartburg im Sonnglanz des Herbsttages. Jetzt wirft eine Wolke lange Schatten und trübt den Blick. Sindurch. Szenenwechsel! Braune Erde, ein Landmann geht hinter einem Pflug, ein Weib streut Samen über das Feld. Landstraßen mit Bäumen bepflanzt, ein Bach, ein Dorf. Furchen und Wiesen, alles wie mit einem Lineal gezogen und rechtwinklig abgegrenzt.

Der Motor singt seine Lieder. Unser Auge ist trunken vom Schauen. Wir fliegen dahin. Keine menschliche Stimme dringt an unser Ohr. Klein wie ein Spielzeug liegt das Land unter uns. Vergessen sind alle Kämpfe und Mühen des Tages. Vergessen ist Krieg, vergessen die Revolution. Witzig und lächerlich erscheint der Aufruhr und Streit der Menschen. Wie gewaltig ist die Welt und wie armstelig das Leben und Gieren der Geschöpfe. Millionen schlagen sich tot, Millionen hungern und darben — für was, für wen? Warum kann man sie nicht alle einmal in unsere einfache Höhe führen und hinunterblenden lassen? ... Vorwärts! Kleiner werden wir, größer die Erde, noch tiefer, wir spüren einen Druck, fühlen unser Gewicht, das Flugzeug hüpfet über den Boden. Halt! Wir sind auf einer Wiese, dicht bei einem Gutshof gelandet. Ruffische Kriegsgefangene kommen gepirrt, Kinder und Frauen eilen in Scharen herbei. Drüben liegt das Dorf Buttha bei Gotha. Unser Führer ist vor Kälte erstarrt. Wir müssen uns wärmen. Der Gutsbesitzer kommt in langen Reithosen und läßt uns zum Mittagbrot. Freundlicher Empfang im Hause, warmes, reichhaltiges Essen und gute Unterhaltung. Wir sind froh, wieder unter Menschen zu sein. Unser Beruf ist dennoch die Erde! Die zuborkommende Hausfrau versorgt uns noch mit Brot und Äpfeln und sie ist beglückt, daß wir ihr einen Brief an ihre Schwester in Berlin mitnehmen. Mit der ersten deutschen Luftpost Frankfurt-Berlin im Dienste der Revolution. Vor dem Abschied lassen wir unsere Adressen zurück. Jetzt erfahre ich die Namen meiner Reizeiter: Klugens-

März 84 000, April 117 000, Mai 247 000, Juni 278 000 Mann. Insgesamt 1 019 115 Mann. Auf der See verloren gingen nicht mehr als 291 Mann.

Prof. Delbrück wollte seinerzeit diesen Bericht abdrucken. Darüber erzählt er jetzt in seinen „Preussischen Jahrbüchern“. Diesen ganzen Posten hat mir die Zensur gestrichelt, und als ich darauf hinwies, daß die Zahlen aus der „Times“ entnommen, also dem Feinde nichts verraten wäre, und man dem deutschen Volk doch für den zugestandenem Rückschlag eine Erklärung geben müsse, wurde mir erwidert: Die Oberste Seeresleitung habe die Veröffentlichung dieser Zahlen ausdrücklich verboten; sie stehe auf dem Standpunkt, der Vaterland Bericht sei nichts als ein amerikanischer Bluff, um uns irre zu führen; selbst mit dem Joch: sie seien unglaublich unwürdig, dürften die Zahlen nicht veröffentlicht werden.

Der Fall ist typisch. Jede Redaktion hat jeden Tag ähnliche Dinge erlebt.

Schmutzige Waffen.

Die bürgerliche Presse arbeitet heute gegen die linken Flügel der Sozialdemokratie mit genau denselben schmutzigen Mitteln, mit denen früher der Reichsverband gegen die ganze Sozialdemokratie zu agitieren pflegte. Karl Liebknecht soll ein Millionär sein und eine Villa in Dahlem besitzen. Kurt Eiser der Urberliner, soll Salomon Kosmanowski heißen und aus Galizien stammen. Ähnliche Schmutzgeschichten werden Adolph Hoffmann und allen möglichen Anderen Menschen nachgeschickt. Was gedenkt man damit zu erreichen. Der einzige Effekt ist, daß die Arbeiterklasse bei ihrem starken Gerechtigkeitsgefühl sich der unwürdig Angebotenen mit besonderer Liebe annimmt und auch ihre politischen Fehler mitmacht, die sie sonst von sich weisen würde. Wenn nicht der Anstand so sollte die Klugheit die bürgerlichen Parteien davon abhalten, auf die reaktionäre Verleumdungs- und Propagandabete einzugehen, in der übrigens charakteristischer Weise das Zentrum die Führung übernommen hat.

Vaterlandslos.

Die Herren Stinnes und Thyssen verwarfen sich leidenschaftlich gegen den Vorwurf, daß sie aus Haß gegen die sozialistische Republik daran dächten, mit dem Gedanken eines neuen Rheinbundes unter französischer Schutzherrschaft zu spielen. Wir wollen ihnen glauben. Aber Tatsache ist, daß die „Köln. Zeitung“ im Leitartikel ihrer letzten Sonntagsnummer aus dem Saarrevier berichtet, daß die Bergarbeiter den Aufstand gebilligt hätten. Die Direktion hat sich daher an den französischen Kommandanten gewandt, der die Verfügung erlassen hat, daß auf den Saargruben bezüglich der Arbeitszeit und der Löhne nichts geändert werden dürfe, ohne zuvor die Genehmigung des französischen Kriegsministeriums einzuholen. Der Wunsch, die Belegung schon jetzt auf die unruhigen Grubenbezirke auszudehnen, mußte der franz. Kommandant zunächst ablehnen, da er keine Ermächtigung dazu habe. Doch hat er sich sofort an den französischen Kriegsminister gewandt, um die Erlaubnis einzuholen.

Es steht also fest, daß die Grubenherren von der Saar gegen eine durchaus berechtigte Forderung, der Bergarbeiter die Hilfe des französischen Militärs angerufen haben. Schöne Patrioten!

Es lebe der Drill! Ende Oktober war die deutsche Armee bereits in vollem Marsch und man hätte meinen sollen, daß diese Zeit zum mindesten geeignet erdienen müßte, den Drill zu pflegen. Dieser Ansicht war der Generalleutnant v. Below offenbar nicht, denn unterm 31. Oktober 1918 gab er noch einen Korpsstabsbefehl heraus, in dem er ausführte:

„Es ist mir von neuem aufgefallen, daß Ordnung und Ehrenbezeugung auf der Straße, namentlich im räumlichen Gebiet, bei dem großen Troß, Munitions- und Verpflegungskolonnen durchweg zu wünschen übrig lassen. Ich ersuche, mit Strenge für baldige Abhilfe zu sorgen, und mache die Divisionen für die ihnen gehörigen und zugeleiteten Kolonnen usw. verantwortlich. Es sind bei den genannten Formationen Exerzier- und Lebnungen von Ehrenbezeugungen unter Aufsicht von Offizieren abzuhalten. An-

führer Neus, Beobachter Eizenberger. Vorher haben wir gegenseitig die Anrede „Du“ gebraucht.

Unsere Wirte begleiten uns zur Maschine. Abschied. Einsteigen. Der Motor macht jede weitere Verständigung unmöglich. Kurzer Anlauf, wir steigen, winken zurück, Höher hinauf; schon winkt Gotha. Wir suchen den Flugplatz, vom Hauptgebäude flattert die rote Fahne. Gunter, Landung. Die Behälter werden mit Benzin gefüllt. Vom Soldatenrat lassen wir uns noch eine gute Flugkarte Gotha-Berlin geben und wieder streben wir hoch und vorwärts in der Richtung Berlin. Nach zwei Stunden taucht die Hauptstadt auf, wir suchen die Endstation Johannistal. Es ist dunkel geworden. Wir signalisieren uns durch Leuchtraketen, von unten antwortet es zurück. Stopp! Am Ziel!

Berlin! Wir können es kaum abwarten, bis das Auto erscheint, das uns zur Stadt bringen soll. Endlich haben wir sie erreicht. Am Anhalter Bahnhof steigen wir aus. Hunderte von Droschken, Wagen und Karren aller Art stehen dort mit den sonderbarsten Gespannen, die die hoch bepackten und beladenen Soldaten aufnehmen, die von einem anderen Bahnhof in die Heimat oder zum Ersatztruppenteil fahren. Ein Jahrmarktsschild sondergleichen, wie man es nur bei den früheren Pferdewerken finden konnte. Man wähnt sich in einem Zigeunerlager, das umringt ist von halbnackten Weibern und Mädchen. In der Peripherie schleichen zweifelhaft Frauen umher, gefolgt von schlendernden Burchen und Männern, die über nach dem Soldatengebäude schauen. „Noch ein Mann zum Stettiner!“ schreit ein Gelskutscher. Es meldet sich aber drei. Sie finden alle drei Platz, wie eine Pyramide hauen sie ihre Koffer auf den schwerbeladenen Karren, setzen sich selber oben auf und fort geht es. Hinterdrein springt noch ein Kavallerist, schleudert im Bogen seinen Rucksack hinauf, oben hängt ihn einer auf. Nebenher trottet der Nachzügler. Von der Revolution merkt man im Straßenbild wenig oder nichts. Eine Matrosenpatrouille, ein Auto mit einer roten Fahne, Soldaten mit weißen Armbinden und roten Kofarden. Mehr nicht! In den großen Lokalen drängen sich die Laufende wie sonst. Musik schmettert, Berliner Wige kreischen in die Luft, Kellner empfangen ihre Trinkgelder. Wieder auf der Straße. Die Sitzbänke sind besetzt. Bekanntmachungen des A. u. S. Rates. „Vollversammlung im Zirkus Waid!“ „An das deutsche Volk! — Ebert und Traue.“ „Es lebe die Freiheit!“

Offiziere und Unteroffiziere haben die Pflicht, gegen Unordnung und Ungehörigkeit mit rücksichtsloser Härte einzugreifen, nötigenfalls zur Erzwingung des Gehorsams unter gefühlvoller Anwendung der Waffe. (1)

Und angesichts solcher Befehle, in dieser Situation, wundert man sich über die Beschleierung der Stimmung.

Die Nationalwahlen in Baden.

Die neue Firma.

Die aus den Beständen der nationalliberalen Konfuzmasse sich gebildete neue Firma „Badische Volkspartei“ veröffentlichte letzten Freitag ihren Geschäftskauf mit Preisliste. Die Aufmachung ist glänzend, es wimmelt nur so von fettgedruckten Schlagworten. Um so iibler ist dafür die Ware selbst! Alte Ladenhüter und iblebter Kriegserfolg, Schleichhandels- und Schieberprodukte. Mit ein paar Vorabeständen, die natürlich von anderswo „entlehnt“ sind, soll dem ganzen Schund Jugtraft verliehen werden. Aber wer fällt denn darauf noch herein! Da heißt es: Die Bad. Volkspartei ist entschlossen, neue Wege mitzugehen. Ein schöner Entschluß! Aber wievielmal wollten die Nationalliberalen schon neue Wege gehen; schon im Frieden marschierten sie ja immer tapfer auf neuen Wegen drauflos, immer jidgack, halb rechts, halb links, wie sich traf — und wies die Konjunktur verlangte.

Wenn die bürgerlichen Parteien mit einer an Aufdringlichkeit grenzenden Selbstliebe immer und immer wieder betonen, daß sie auf dem Boden der neuen Dinge stehen und die neuen Wege mitgehen wollen, so kann diesen Erklärungen gegenüber das Mißtrauen nicht stark genug sein. Was haben denn diese Parteien getan, um die doch so unerträglich gewordenen alten Verhältnisse zu ändern? Sie überließen es den Soldaten und Arbeitern, es zu riskieren, Ordnung zu schaffen und das alte System zum Teufel zu jagen. Und wäre es mißlungen, so wären diese „Ordnungsparteien“, die Nationalliberalen an der Spitze, die ersten gewesen, die gegen die „Meuterer“, „Hoch- und Landesverräter“ usw. in den höchsten Tönen losgezogen und deren Verurteilung verlangt hätten. Es ist ein billiges Vergnügen, sich nun auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen, wenn man nicht anders kann, wenn die eigene Feigheit und Angst es verbieten, dagegen aufzutreten.

Man betrachte sich auf dem Aufruf die Unterschriften der Firmeninhaber. Es sind noch die alten Namen, die auch bei der früheren Firma zeichneten. Wir finden da in trauer Gemeinshaft all die Annerkennung, Kriegstreiber und Kriegsbegier der Vorkriegszeit und Kriegszeit beisammen. Bemerkend muß man nur die Kühnheit, mit der es die Neumann und Genossen noch wagen, mit ihren Namen vor die Öffentlichkeit zu treten. Ist nicht jeder Kriegsbefähigte, jede Kriegswitwe, jedes ausgemergelte Arbeiterkind, jede gram- und hungerburchtete Arbeiterfrau eine flammende Anklage gegen die Politik dieser Leute, gegen sie selbst! Auf ihr Gewissen ihnen beim Anblick all des Glends, all der Not nicht immer und immer wieder ein Schuldig, Schuldig zu! Glauben sie, daß vergessen ist, was sie verbrochen haben? Wollen sie den alten Verbrechen noch neue hinzufügen, indem sie nun das Volk weitertäuschen mit Vorspiegelungen, falschen Versprechungen und Lügen!

Wir müssen wieder ehrlich werden! Großvrat dieser Sach inmitten des Aufruhrs. Da haben wir die Selbstanfrage dieser Partei. Wir müssen wieder ehrlich werden! O daß man das glauben könnte! Aber einer Partei mit dieser Vergangenheit kann trotz dieser Selbsterkenntnis kein Vertrauen mehr entgegengebracht werden. Das „ehrlieh werden-wollen“, jetzt wo den Herren die Not auf den Fingern nägeln brennt, ist ein billiges Versprechen. Aber glauben wird es niemand; denn keine Partei hat mit der Ehrlichkeit mehr Schindluder getrieben als die nationalliberale. In dem Aufruf steht ja auch das Verlangen nach freier Meinungsäußerung und dabei wird in der ersten Versammlung der

Richard Müller — Mollenbusch.“ Ein Bürger bietet 1000 Mark Belohnung, wer ihm den Denunzianten nennt, der das Gerücht aussprengt, aus dem Hause Nr. 2 Unter den Linden sei auf die Soldaten geschossen worden. Ein anderer kauft Liebe, die bei ihm eingetroffen haben. Daneben Aufmerksamkeits: von Klinkern, Kinoskafats, Kaffalle im Film, Theatergelle, Verarmung der Spartakusleute! Zeitungserkäufer rufen den neuen „Abend-Vormärts“ aus, „Die rote Fahne“, „Die Freiheit!“

Im Abgeordnetenhaus tagt der Soldatenrat. An den Garderobenscheiben sind noch die alten Namen zu lesen: „Friedrich v. Jeditz“, „v. Polke“, Dr. Trendt, Graf Moltke, v. Karldorf, v. Puttkamer, Graf Finckenstein.“ Namen aus vorintelligen Zeiten. An den Gassen aber hängen Hüte und Ueberzüge und Militärmäntel, die auf Namen wie Müller, Kanonier Meier und Mandel schließen lassen. Eine einzige Nacht hat den ganzen alten Wunder hinweggefegt und im Ministerial der Freiläuter aus den ostpreussischen Schloßern sitzen die Proletarier aus Berlin SW, Friedenau oder Rixdorf, die stundenlang debattieren und über die Geschichte Deutschlands heraten. An den Türen stehen noch die alten, ehrendigen Pförtner mit weißen Binden und rotbeischlagener Schwarzröcken. Dann und wann verpassen sich die Dienste und machen ihre gewohnten Verbeugungen, was unwillkürlich zum Lachen reizt.

Nachts ein Uhr! Wir gehen zum Schloß. Die Strophen sind totschill. Friedrich „der Große“ steht einmahl auf seiner hohen Sedel. Auf der Kommandantur, vom Schloß und allen anderen öffentlichen Gebäuden flattert die rote Fahne. Rosten in Pelzmänteln mit der Piarrette im Mund gehen auf und ab. Entblättert stehen die Linden. Aus den Häusern raunt es und wispert. Ist die alte Ordnung wirklich gestürzt? Ist die Revolution Bestand? Gaben die Mauern, die Wände der Wfschaft nicht jahrhundertlang den Preußenmarisch gehört? Wurde ihnen nicht täglich Preußens Gloria von den Fahnenkompagnien, von den Paradebataillonen, den Siegel- und Geburtstagsfeiern, von den Militärkapellen einetrommett eingelbloten und eingetrompelt? Wo ist das Bürgerblut, das in alle Poren der Stadt eingebracht ist, die alten Erinnerungen wappend, wie es geschahen ist im Paris von 1789 und 1871? Vom historischen Kaiserballon hängt ein roter Leuchtpfosten fest tagsüber bestreut! Am Marjallgebäude um am Dem sieht man deutlich Beschädigungen durch die Wg-

„Badische Volkspartei“ veröffentlichte letzten Freitag ihren Geschäftskauf mit Preisliste. Die Aufmachung ist glänzend, es wimmelt nur so von fettgedruckten Schlagworten. Um so iibler ist dafür die Ware selbst! Alte Ladenhüter und iblebter Kriegserfolg, Schleichhandels- und Schieberprodukte. Mit ein paar Vorabeständen, die natürlich von anderswo „entlehnt“ sind, soll dem ganzen Schund Jugtraft verliehen werden. Aber wer fällt denn darauf noch herein! Da heißt es: Die Bad. Volkspartei ist entschlossen, neue Wege mitzugehen. Ein schöner Entschluß! Aber wievielmal wollten die Nationalliberalen schon neue Wege gehen; schon im Frieden marschierten sie ja immer tapfer auf neuen Wegen drauflos, immer jidgack, halb rechts, halb links, wie sich traf — und wies die Konjunktur verlangte.

Wenn die bürgerlichen Parteien mit einer an Aufdringlichkeit grenzenden Selbstliebe immer und immer wieder betonen, daß sie auf dem Boden der neuen Dinge stehen und die neuen Wege mitgehen wollen, so kann diesen Erklärungen gegenüber das Mißtrauen nicht stark genug sein. Was haben denn diese Parteien getan, um die doch so unerträglich gewordenen alten Verhältnisse zu ändern? Sie überließen es den Soldaten und Arbeitern, es zu riskieren, Ordnung zu schaffen und das alte System zum Teufel zu jagen. Und wäre es mißlungen, so wären diese „Ordnungsparteien“, die Nationalliberalen an der Spitze, die ersten gewesen, die gegen die „Meuterer“, „Hoch- und Landesverräter“ usw. in den höchsten Tönen losgezogen und deren Verurteilung verlangt hätten. Es ist ein billiges Vergnügen, sich nun auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen, wenn man nicht anders kann, wenn die eigene Feigheit und Angst es verbieten, dagegen aufzutreten.

Man betrachte sich auf dem Aufruf die Unterschriften der Firmeninhaber. Es sind noch die alten Namen, die auch bei der früheren Firma zeichneten. Wir finden da in trauer Gemeinshaft all die Annerkennung, Kriegstreiber und Kriegsbegier der Vorkriegszeit und Kriegszeit beisammen. Bemerkend muß man nur die Kühnheit, mit der es die Neumann und Genossen noch wagen, mit ihren Namen vor die Öffentlichkeit zu treten. Ist nicht jeder Kriegsbefähigte, jede Kriegswitwe, jedes ausgemergelte Arbeiterkind, jede gram- und hungerburchtete Arbeiterfrau eine flammende Anklage gegen die Politik dieser Leute, gegen sie selbst! Auf ihr Gewissen ihnen beim Anblick all des Glends, all der Not nicht immer und immer wieder ein Schuldig, Schuldig zu! Glauben sie, daß vergessen ist, was sie verbrochen haben? Wollen sie den alten Verbrechen noch neue hinzufügen, indem sie nun das Volk weitertäuschen mit Vorspiegelungen, falschen Versprechungen und Lügen!

Wir müssen wieder ehrlich werden! Großvrat dieser Sach inmitten des Aufruhrs. Da haben wir die Selbstanfrage dieser Partei. Wir müssen wieder ehrlich werden! O daß man das glauben könnte! Aber einer Partei mit dieser Vergangenheit kann trotz dieser Selbsterkenntnis kein Vertrauen mehr entgegengebracht werden. Das „ehrlieh werden-wollen“, jetzt wo den Herren die Not auf den Fingern nägeln brennt, ist ein billiges Versprechen. Aber glauben wird es niemand; denn keine Partei hat mit der Ehrlichkeit mehr Schindluder getrieben als die nationalliberale. In dem Aufruf steht ja auch das Verlangen nach freier Meinungsäußerung und dabei wird in der ersten Versammlung der

führer Neus, Beobachter Eizenberger. Vorher haben wir gegenseitig die Anrede „Du“ gebraucht.

Unsere Wirte begleiten uns zur Maschine. Abschied. Einsteigen. Der Motor macht jede weitere Verständigung unmöglich. Kurzer Anlauf, wir steigen, winken zurück, Höher hinauf; schon winkt Gotha. Wir suchen den Flugplatz, vom Hauptgebäude flattert die rote Fahne. Gunter, Landung. Die Behälter werden mit Benzin gefüllt. Vom Soldatenrat lassen wir uns noch eine gute Flugkarte Gotha-Berlin geben und wieder streben wir hoch und vorwärts in der Richtung Berlin. Nach zwei Stunden taucht die Hauptstadt auf, wir suchen die Endstation Johannistal. Es ist dunkel geworden. Wir signalisieren uns durch Leuchtraketen, von unten antwortet es zurück. Stopp! Am Ziel!

Berlin! Wir können es kaum abwarten, bis das Auto erscheint, das uns zur Stadt bringen soll. Endlich haben wir sie erreicht. Am Anhalter Bahnhof steigen wir aus. Hunderte von Droschken, Wagen und Karren aller Art stehen dort mit den sonderbarsten Gespannen, die die hoch bepackten und beladenen Soldaten aufnehmen, die von einem anderen Bahnhof in die Heimat oder zum Ersatztruppenteil fahren. Ein Jahrmarktsschild sondergleichen, wie man es nur bei den früheren Pferdewerken finden konnte. Man wähnt sich in einem Zigeunerlager, das umringt ist von halbnackten Weibern und Mädchen. In der Peripherie schleichen zweifelhaft Frauen umher, gefolgt von schlendernden Burchen und Männern, die über nach dem Soldatengebäude schauen. „Noch ein Mann zum Stettiner!“ schreit ein Gelskutscher. Es meldet sich aber drei. Sie finden alle drei Platz, wie eine Pyramide hauen sie ihre Koffer auf den schwerbeladenen Karren, setzen sich selber oben auf und fort geht es. Hinterdrein springt noch ein Kavallerist, schleudert im Bogen seinen Rucksack hinauf, oben hängt ihn einer auf. Nebenher trottet der Nachzügler. Von der Revolution merkt man im Straßenbild wenig oder nichts. Eine Matrosenpatrouille, ein Auto mit einer roten Fahne, Soldaten mit weißen Armbinden und roten Kofarden. Mehr nicht! In den großen Lokalen drängen sich die Laufende wie sonst. Musik schmettert, Berliner Wige kreischen in die Luft, Kellner empfangen ihre Trinkgelder. Wieder auf der Straße. Die Sitzbänke sind besetzt. Bekanntmachungen des A. u. S. Rates. „Vollversammlung im Zirkus Waid!“ „An das deutsche Volk! — Ebert und Traue.“ „Es lebe die Freiheit!“

Nachts ein Uhr! Wir gehen zum Schloß. Die Strophen sind totschill. Friedrich „der Große“ steht einmahl auf seiner hohen Sedel. Auf der Kommandantur, vom Schloß und allen anderen öffentlichen Gebäuden flattert die rote Fahne. Rosten in Pelzmänteln mit der Piarrette im Mund gehen auf und ab. Entblättert stehen die Linden. Aus den Häusern raunt es und wispert. Ist die alte Ordnung wirklich gestürzt? Ist die Revolution Bestand? Gaben die Mauern, die Wände der Wfschaft nicht jahrhundertlang den Preußenmarisch gehört? Wurde ihnen nicht täglich Preußens Gloria von den Fahnenkompagnien, von den Paradebataillonen, den Siegel- und Geburtstagsfeiern, von den Militärkapellen einetrommett eingelbloten und eingetrompelt? Wo ist das Bürgerblut, das in alle Poren der Stadt eingebracht ist, die alten Erinnerungen wappend, wie es geschahen ist im Paris von 1789 und 1871? Vom historischen Kaiserballon hängt ein roter Leuchtpfosten fest tagsüber bestreut! Am Marjallgebäude um am Dem sieht man deutlich Beschädigungen durch die Wg-

Wied im Leben des neuen Staates und verlangt, daß auch ihre Stimme gehört wird.

Vom Schulbetrieb. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat verfügt, daß im Hinblick auf die Rückkehr der Lehrer aus dem Felde der Unterricht an allen höheren Lehranstalten nach dem Lehrplan wieder in vollem Umfange aufgenommen ist und daß zusammengelegte und zu starke Klassen in Verteilungen getrennt werden.

Abbau des Bezugscheinverkehrs. Die Reichsbefehlungsstelle hat begonnen, wie die „Karlsruher Zeitung“ halbamtlich mitteilt, das Bezugscheinverfahren abzubauen. Zunächst wurde eine Reihe von Sachen vom Bezugscheinzwang befreit. So: Scheuerbücher, Tafelbücher, Korsetten, Handschuhe, Kragen, Mantelknöpfe, Vorhänger, ungefüllte Bettüberdecken und Steppdecken, leinene undichte Gewebe, leinene Stühle und Spigenstoffe und alle Läden, sowie Gegenstände daraus, Spielwaren, abgenutzt und gewebte und abgepackt gebrachte Tischzeuge, Gürtel, Bausachen, Herrenwesten, Wäsche.

Duisburg, 8. Dez. Am Freitag nachmittag kam der verzelebte Dachdecker Josef Huber aus Mörich beim Eindecken eines Neubaus in einer Fabrik bei Duisburg mit der über das Dach führende Stromleitung durch Unvorsichtigkeit in Berührung, wobei er durch den elektrischen Strom getötet wurde.

Bruchsal, 7. Dez. Mit einer öffentlichen Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Das neue Deutschland“ trat am Freitagabend die sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf. Die Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Genosse Oskar Ged aus Mannheim erschienen, der in klarer und eindringlicher Weise die Vorgänge der letzten Zeit darlegte. Ausgehend von der Novemberrevolution des Jahres 1918 zog er Vergleiche mit der russischen Revolution, der deutschen von 1848 sowie der großen französischen Revolution. Keine ist bis jetzt so anständig verlaufen, wie die jetzige. Die Machtverhältnisse haben sich verschoben. Heute sind die Arbeiter, Bürger- und Bauernräte die Herren der Situation. Doch ist dieser Zustand ein vorübergehender; unserer Bestreben muß sein, wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Dies soll geschehen durch die Nationalratswahl. Dieselben finden in Baden am 5. Januar 1919 statt. Die sozialdemokratische Partei ist bestrebt, eine Volksrepublik und nicht etwa ein Parteienregiment zu errichten. Wir sehen neue Parteien in die Erscheinung treten, alle haben ihr Programm geändert und stellen sich als Volksparteien den Wählern vor. Nur die sozialdemokratische Partei hat so etwas nicht gebraucht, sie war vor, während und nach dem Kriege die Sozialdemokratie. Bedenke, kam noch auf die Sozialisierung der Betriebe zu sprechen und wies auf verschiedene Betriebe hin, die heute schon reif wären für die Sozialisierung. Die Arbeitsfrage wurde ebenfalls in klarer und verständlicher Weise behandelt. Er führte unter anderem aus, daß die Sozialdemokratie jederzeit gegen die Ausnahmegeetze wobei die Rinde gestimmt habe, es ist an das Festhalten, sowie die Niederwerfung von Männerorden in Baden erinnert. Des längeren verbreitete sich Redner über das Frauenwahlrecht, wo es nur die Sozialdemokratie war, die sich ernsthaft für das Frauenwahlrecht einsetzte. Zum Schluß appellierte er an die Versammlung, tüchtig mitzuarbeiten, daß am 5. Januar die Wahlen ein gutes Resultat für die Sozialdemokratie brächten. Heißer Beifall wurde dem Genossen Ged für die trefflichen Ausführungen zuteil. An der Diskussion beteiligte sich niemand. Genosse Krißbach konnte die imponente Versammlung um 11 1/2 Uhr schließen.

Mannheim, 8. Dez. Die Rheinbrücke ist am Freitagabend 5 Uhr auf der nördlichen Seite von französischen Kolonialtruppen besetzt worden. Etwa 10 Mann stehen am Brückenkopf. Auf dem Jubiläumspalast lagern etwa 60 Mann. Der Postverkehr ist gesperrt, der Verkehr über die Brücke für die Zivilbevölkerung frei. Der Betrieb der Rhein-Quarantäne wird heute wieder aufgenommen werden.

Lahr, 8. Dez. Das Lebensmittelmagazin des Kommunalverbandes ist durch Feuer zerstört worden. Ungefähr 800 Liter Lebensmittel, in der Hauptsache Roggenmehl, Feigwaren und Gewürze, dann aber auch Butter und viele Suppeneinlagen wurden größtenteils vernichtet oder so schwer beschädigt, daß sie zur menschlichen Ernährung ungeeignet sind. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

Kommunalpolitik.

Wede Weich, mehr Licht! Zu dem in der Nr. 226 v. d. d. M. aus Söllingen unter vorstehender Ueberschrift erschienenen Artikel wird uns vom Kommunalverband Durlach-Land geschrieben: „Zunächst wird hiermit festgestellt, daß der Gemeinde Söllingen auf Weisung des Herrn Geschäftsführers Weder wegen mangelhafter Milchlieferung auch nicht ein Liter Petroleum vorbehalten wurde. Mit der Unterredung auf dem Marktplatz sollte nur die Anregung gegeben werden, einzelne Landwirte durch Vorkaufhalten des Petroleums für künftige Ablieferung zu stoßen. Die Ausführung derartiger Anordnungen ist Sache der Gemeindeverwaltung, die auch einzig und allein für die Anbringung der Milch in erster Reihe verantwortlich ist. Wenn allgemein nur sehr wenig Petroleum zugewiesen wurde, daran der Kommunalverband nichts ändern kann, so hätte die Gemeindeverwaltung umso mehr den künftigen Landwirten Petroleum entgegenstellen müssen, um besser auszureichen. — Wenn einzelne Landwirte auf dem Schleichwege Milch verkaufen, ist ebenfalls die Gemeindeverwaltung, die die Milchkommission ernannt, zum richtigen Eingreifen zuständig. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, in Söllingen einen Vorkaufsausschuß zur Ueberwachung der Lebensmittelversorgung zu gründen. Allerdings müßten die Mitglieder ein energisches Zutreten zeigen.“

Zu den Vorgängen in Berlin.

W.B. Berlin, 7. Dez. Nach übereinstimmenden Blättermeldungen, die zum Teil von Augenzeugen stammen, stellen sich die gestrigen Demonstrationen, wobei etwa 20 Personen getötet und etwa 40 verwundet wurden, immer mehr als Verjüngung der Spartakusleute heraus, die Regierung zu stürzen, um selber das Best in die Hand zu bekommen. Für heute hatte der Spartakusbund den Generalstreik verkündet. In einigen Betrieben stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Ein Teil der Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionswerke verließ die Fabrik, um sich mit den Arbeitern anderer Betriebe zu neuen Straßendemonstrationen zusammen zu schließen. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, haben Anhänger der Spartakusgruppe in der Siegesallee und vor dem Reichstag Maschinengewehre und ein Panzerauto aufgestellt. Es wurde ein Flugblatt verbreitet, das zu weiteren Protesten für Sonntag im Treptower Park aufforderte. Daß diese Kundgebung für Sonntag seit Tagen vorbereitet ist, geht aus der Rednerliste hervor, worin sich Führer der Spartakusgruppe aus dem Reich befinden, darunter die Kommunisten Müll und Kahlheimer aus Württemberg und der russische Bolschewik Serwine, der im Rheinland seit Wochen zum Streik und zu Gewalttätigkeiten auffordert. Die Berliner Kommandantur rechnet mit weiteren Zusammenstößen. Der Vollzugsrat ordnete daher an, daß die Truppen möglichst von der Straße ferngehalten seien. Die republikanische Soldatenwehr von über 10 000 Mann steht geschlossen der Kommandantur zur Verfügung. Außerdem erklärten sämtliche Soldatenräte der Berliner Truppen, einmütig auf dem Boden der jetzigen Regierung zu stehen und mit allen erforderlichen Mitteln der Kommandantur zu Hülfe zu sein. Es ist Befehl gegeben, daß die Truppen nur im äußersten Notfall zur Waffe greifen sollen.

Ein Sonntag politischer Versammlungen in Berlin.

W.B. Berlin, 8. Dez. Der Propagandaausschuß der sozialdemokratischen Partei hatte heute vormittag 13 Versammlungen in Groß-Berlin veranstaltet, die gut besucht waren. Bekannte Führer der Partei, wie Bauer, Ebert, Ernst, Göhre, Heine, Jirsch, Scheidemann, Schäfflin und Stüdemann und Wals, hielten Vorträge über das gemeinsame Thema: Sozialismus und Demokratie. Die Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Nach Schluß zogen die Teilnehmer in Gruppen von mehreren 100 Mann unter Vorantreiben von roten Fahnen nach dem Stadinnern, wo sie sich bald auflösten. Die Unbeteiligten hatten nachmittags drei Versammlungen unter freiem Himmel im Friedrichsain, Humboldtheim und am Bismarckdenkmal einkernt. Hier sprachen gleichzeitig Dittmann, Gaule, Adolf Hoffmann, Ledebour und Ströbel. Sie forderten auf zu einem Zusammengehen zur Abwehr der Gegenrevolution, die immer frecher ihr Haupt erhebe. Endlich hatte der Spartakusbund seine Gesandtschaft am nachmittags 2 Uhr nach dem Treptowerpark eingeladen. Hier dürften etwa 3000 Mann zusammengetroffen sein. U. a. sprach auch Ledebour. Einzelne kleine Abteilungen zogen nach Berlin, doch die Hauptmasse löste sich bereits auf der Treptower Chaussee auf. Nebelwetter und Regen hatten eine zahlreiche Beteiligung in allen Fällen verhindert. Von irgendwelchen Unruhen und Zusammenstößen war bis zum Abend nichts gemeldet worden.

Gegendemonstrationen in München.

München, 7. Dez. (W. B.) Infolge der in der letzten Zeit vor der hiesigen Presse gegenüber der neuen Regierung ein unruhigen Haltung zogen vergangene Nacht nach Schluß der Demonstrationsversammlung mehrere tausend Soldaten durch die Stadt, besetzten alle Kaffeehäuser und richteten eine Zensur auf. Ministerpräsident Eisner legte sich in Begleitung des Polizeipräsidenten und des Stadtkommandanten in die verschiedenen Redaktionen und besetzte die n. n. n. n. eingeführte Zensur. Auch in die Wohnung des Ministers Kuer waren Demonstranten eingedrungen und hatten den Minister unter Drohungen gezwungen, seine Demission zu nehmen. Ministerpräsident Eisner hatte dem Minister Kuer ebenfalls einen Besuch ab. Selbstverständlich ist die von Herrn Kuer vorgenommene Erpressung nichtig. Im Laufe der Nacht wurde durch republikanische Schutzmannschaften und Mannschaften des Infanterie-Regiments die Ordnung wieder hergestellt.

München, 7. Dez. (W. B.) Zu der Nachricht, daß Minister Kuer von einer Gruppe revolutionärer Internationalisten zur Unterscheidung der Abtänkung gezwungen wurde, meldet die Korrespondenz Hoffmann anlässlich: Der Minister des Volksstaates Bayern spricht keine tiefe Empörung über den an Kuer nachlässig verhaltenen Ueberfall aus. Die von ihm erprete Erklärung ist selbstverständlich null und nichtig. Der Minister bleibt Mitglied der Regierung des Volksstaates Bayern. Ministerpräsident Kurt Eisner.

Letzte Nachrichten.

Verschärfung der Blockade.

W.B. Berlin, 8. Dez. Marschall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgenden Vorschlag übergeben: Der Lebensmittelverkehr von der durch die Alliierten besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrückerhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorsehen ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Post-, Telegraph- und Fernsprechverbindungen im Rheinlande auszubehenden Kontrolle.

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaute des Waffenstillstandsabkommens (Art. 6 und 26) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest dagegen erheben.

Vom besetzten Gebiet.

W.B. Bonn, 8. Dez. Heute nacht trafen die Spitzen der englischen Besatzungstruppen, 100 Mann Kavallerie, ein und besetzten die Rheinbrücke. Die Offiziere begaben sich ins Rathaus, wo der englische General eine Besprechung mit dem

Oberbürgermeister hatte. Bonn wird als Hauptquartier einer kanadischen Division sein. Im ganzen werden 1600 bis 1600 kanadische Truppen hierher kommen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 9. Dezember.

Die Entlohnung der Volkswehr.

Das Kommando der Volkswehr hat unterm 4. d. M. auf Grund eines Beschlusses der Volkswehrversammlung vom gleichen Tage beim Stadtrat Karlsruhe den Antrag gestellt, für jeden Volkswehrmann vom 1. Dezember ab einen Zuschuß der Stadt in Höhe von 5 Mk. täglich zu den bisherigen Bezügen von täglich 10 Mk. zu leisten und zur Begründung dieses Anspruchs lediglich auf das Beispiel der Städte Mannheim und Freiburg zu verweisen. Der Stadtrat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit. Der Stadtrat vermag dem Antrag nicht zu entsprechen. Ein höheres Tagesgeld (15 Mk.) wird nur in Mannheim (nicht in Freiburg) gewährt und zwar auch dort aus der Staatskasse. Der Volkswehr wird daher anbegehrt, sich wegen der gewünschten Erhöhung der Tagesgelde an die vorläufige Volksregierung zu wenden. Die Bewilligung des erbetenen Zuschusses von täglich 5 Mk. für jeden Wehrmann würde bei einem Mannschaftsbestand von 1000 bis 1500 tägliche Ausgaben von 5000 bis 7000 Mk. verursachen, was einen monatlichen Aufwand von 150 000 bis 225 000 Mk. und einem Jahresaufwand von 2 160 000 bis 2 700 000 Mk. gleichkäme. Im übrigen scheint dem Stadtrat eine Tagesgebühr von 10 Mk. für achtstündigen Wachdienst nicht unangemessen zu sein und den Vergleich zu den hier üblichen Löhnen für gelernte und ungelernte Arbeiter wohl aushalten zu können.

Ueber diese Angelegenheit befaßte sich am Samstag eine Versammlung der Volkswehr. Es liefen nämlich in der Stadt Gerüchte um, die Volkswehr wolle plündern, weil ihnen die verlangten 5 Mk. Zulagen nicht gezahlt werden sollten. Da es sich um leichtfertige und unwahre Ausstellungen handelte, so mußten diese Gerüchte schnell von der richtigen Stelle — von der Volkswehr selbst — zurückgewiesen werden. Zu diesem Zweck hatte der Kommandant der Volkswehr am nachmittags 8 Uhr eine Versammlung der Wehrmänner in den großen Saal des Colosseums einberufen, etwa 500 Wehrmänner hatten dem Ruf Folge geleistet; auch Vertreter der Regierung, des Bezirksamts und der Staatsbehörden waren erschienen. Kommandant Kopp eröffnete die Versammlung und gab ein Schreiben des Stadtrats bekannt, worin mitgeteilt wurde, daß die Stadt die Zahlung einer Zulage von 5 Mk. pro Tag an die Wehrmänner ablehnen müsse, da sie die finanzielle Belastung einer solchen Ausgabe nicht tragen könne. Dann wies Kopp die unfundierten Gerüchte von Plünderungen seitens der Volkswehr energisch zurück. In der Diskussion erklärten alle Redner, daß sie zum Schutz und zur Sicherheit aller Einwohner vorhanden seien und solche Verleumdungen, wie sie heute in der Stadt ausgestreut würden, schärfst bestrafen; es soll versucht werden, die Urheber dieser Gerüchte zu ermitteln, um sie ihrer gerechten Bestrafung zuzuführen. Nachdem noch der Vorsitzende des Bezirksamts, Hoyer, den Wunsch ausgesprochen hatte: In Zukunft möge der Vorstand des Volksrats von allen Vorgängen in der Volkswehr unterrichtet werden, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 7. Dezember 1918 im Colosseum tagende Versammlung der Volkswehr nimmt mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis, daß böswillige Gegner der neuen Ordnung das Gerücht ausgebreitet haben, die Volkswehr wolle mit ungesetzlichen Mitteln die Erfüllung ihrer berechtigten Lohnforderung erzwingen. Sie gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß jeder einzelne Volkswehrmann sich seiner Pflicht bewußt ist, für Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt zu sorgen und daß mit dieser Pflicht übereinstimmend die Gedanken an Gewalttätigkeiten. Wir erwarten aber, daß alle befähigten Stellen sich der unabweisbaren Notwendigkeit bewußt sind und sich ernsthaft und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erfüllung unserer berechtigten Lohnforderungen einsetzen. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Volksrats, sobald in die erforderlichen Verhandlungen mit der vorläufigen Regierung eingetreten.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk „Mittel- und Südwürttemberg“. Auf Wunsch der Genossen und Genossinnen findet am Mittwochabend 8 Uhr im „Feldschlößle“ eine Zusammenkunft statt. Wir bitten um zahlreiches Besuch.

Wegen Aufnahme in den Badischen Staatsverband wurde man sich für unseren Bezirk an die Genossen Hermann Lang, Kaiserstraße 46, Peter Mees, Herrenstraße 42 und Josef Rieger, Leopoldstraße 25. Bei diesen Genossen werden auch Aufnahmen für die sozialdemokratische Partei und Bestellungen für den „Volkswort“ entgegengenommen. Die im Bezirk ausgegebenen Sammelkarten sind mit Geld an J. Rieger, Leopoldstraße 25, abzugeben. Fundweise Sammelkarten sind von da zu erhalten.

Auflösung der Jugendwehr. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die badische Jugendwehr mit Zustimmung der badischen vorläufigen Volksregierung mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden.

S. ereit Maß? Wir berichteten gestern, daß dem Verband der Gastwirtschaftlichen die Abhaltung einer Versammlung nach Feierabend verboten worden war. Wie uns nun mitgeteilt wird, fand vorgestern abend ebenfalls im „Goldenen Adler“ eine Versammlung des Wehrmeister-Bezirksvereins statt. Nach Einleit der Polizeistunde kam ein Herr des Vorstandes zum Wort und sagte, daß neben die Erlaubnis des Ministeriums eingegangen sei, daß die Versammlung weitertagen könne. Die Wehrmeister haben ja gewiß wichtige Fragen zu beprechen, wir meinen aber, die Angelegenheiten der Gastwirtschaftlichen sind mindestens genau so wichtig und wir möchten deshalb bitten, daß in Zukunft was dem einen recht ist, dem andern billig sein möge.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Nach § 6 der bad. Verordnung vom 25. November d. J. dürfen alle offenen Verkaufsstellen an den 4 Sonntagen der Weihnacht von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet sein, sofern nicht vom Kommunalverband Einschränkungen beschlossen werden. Der Stadtrat hat ein dringendes Bedürfnis zur Offenhaltung der Verkaufsstellen an den genannten Sonntagen nicht für gegeben und bestimmte, insbesondere auch mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Kollisionslast, daß die offenen Verkaufsstellen an allen noch bevorstehenden Sonntagen vor Weihnacht geschlossen bleiben sollen.

Badischer Kunstverein. Der badische Kunstverein, Badstr. 9, erkauft sich nach wie vor eines recht regen Besuchs. Die Reichhaltigkeit der Ausstellung bietet nicht nur Gelegenheit zur Ermöglichung eines passenden Weihnachtsbesuches zu möglichem Preis.

Andere d... rafter den... fassen un... heme Be... Thoma, d... erhöhen... Tier... Gelebun... lereanzei... fange der... nieftige... Geleigun... schühen... Baurat... rung de... auf diese... Erwin D... Lanbe... Anwärter... fterers o... Beschrän... fenen fällt... der Tages... mündeln... form sind... Lanbe... diesjährige... Satmut... von Arbu... der den M... geworden... Lugen... ab heute... Drama in... rinstly mit... Hauptdarf... Aus der... Kessle... Stelle no... in der W... 4 Akten, n... sowie in... Lustspiel... weitere die... Anstelle di... ein Lustsp...

Andern die Ausstellung ist auch dazu angetan, durch ihren Charakter den Besucher die Schwere dieser ersten Zeit vergehen zu lassen und Erholung zu bringen.

Tierschutzverein. In der Novemberversammlung wurde nach Erlebigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten über Tierquälereien und deren energische Verfolgung berichtet.

Landestheater. Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern haben Militärpersonen beim Besuch des Landestheaters auf allen Plätzen halbe Preise zu bezahlen.

Landestheater. Am Mittwoch den 11. Dezember gelangt als vierzigjähriges Weihnachtsmärchen „Prinz Bagemut“ von Ernst Hartmut Engel zur Aufführung.

Luxuspriese. Die beliebte Künstlerin Mia May sieht man ab heute in ihrem neuesten Film „Ihr großes Geheimnis“.

Kessels-Theater, Wald- und Schillerstraße. Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, daß im Kessels-Theater in der Waldstraße „Die Sieger“ mit Henry Kortens.

Unschuld; an die des Schauspiels „Arwege der Liebe“ in der Schillerstraße, das Drama „Als der Vorhang fiel...“.

* Verspätungen in der Zeitungszustellung. Es gehen uns immer wieder seitens unserer Filialinhaber und der auswärtigen Bezüge des „Volksfreund“ lebhaft Klagen wegen oft sehr beträchtlichen Verspätungen in der Zustellung unseres Blattes zu.

Wir bemerken demgegenüber wiederholt, daß unsere Expedition täglich mit größter Pünktlichkeit die Zeitungsendungen beim Bahnhauptamt hier aufleiert und aufleiert, allein infolge der Zugbeschränkungen war es den Post- und Bahnbehörden beim besten Willen bisher nicht möglich, der einem geordneten Versand entgegenstehenden Schwierigkeiten Herr zu werden.

Wir werden nicht ruhen, bis wir wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse in der Postzustellung unseres Blattes geschaffen haben und müssen solange um Geduld bitten.

Erwerb des badische Staatsbürgerrecht

Wegen Aufnahme in den badischen Staatsverband wende man sich an das Parteisekretariat. Sprechstunden von halb 9 Uhr bis 1 Uhr und 3 Uhr bis halb 7 Uhr abends.

Das Büro befindet sich: Wilhelmstraße 47, 2. St. :: Telephon 2300.

Für Mithlung erteilen Sie Genossen Höher, Badstraße 58 III., und Hilz, Badstraße 68, Rat und Auskunft.

Wir die Bescheid wird Genosse Büchner, Dorfstraße 20 V., Anträge zur Erlangung des Staatsbürgerrechts erledigen.

An den genannten Stellen werden auch Aufnahmen für die sozialdemokratische Partei und Wonnemonts für den „Volksfreund“ entgegengenommen.

Quittung. In freiwilligen Beiträgen zu den Kosten für die Nationalwahlen gingen ein:

Von Nach. durch Geld 50 Mk., Sammelliste 308: 40 Mk.; 204: 25 Mk.; 452: 49,85 Mk. Vorher eingegangen 1193 Mk., zusammen 1857,85 Mk.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund“, sowie der Parteisekretär H. Hele, Wilhelmstraße 47. Telephon 2300.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, (W.Z.B.) Das französische Oberkommando ersuchte die deutsche oberste Heeresleitung um die Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Aus aller Welt.

Ein schwerer Junge. Nach Blättermeldungen nahm letzter Tage das bayerische Kriegsministerium in den Geschäftsräumen der Herrenleiderfabrik J. J. Bach eine Geschäftskontrolle vor.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton: Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Metallarbeiter-Verband.) Mittwoch, den 11. Dez., abends 8 1/2 Uhr, in der „Cambrinus-Halle“, Erbspringenstr. 30: Versammlung der Metzner und Installateure.

Reine

Seide

Blusen-Seide 12⁷⁵ 15⁷⁵
 Kleider-Seide 22⁷⁵ 33⁷⁵
 Kunst-Seide 18⁷⁵ 22⁷⁵

Hermann Tietz.

Mehrere tüchtige Schuhmacher-Gehilfen

Wären bei mit sofort eintreten auf neue Arbeit und Söhlerlei bei besser Bezahlung. 5823

Lehrmädchen aus guter Familie für die Stepperei sofort gesucht.

Ludwig Seitz Schuhmachermeister Anstalt für ortop. Fußbehandlung Jähringerstraße 59.

Holzstiefel zum Schnüren, in allen Größen, sowie Holzsohlen, sind zu haben in 5943

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Kronenstraße 52.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas, lauft 5049

Lovy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Bis 15 M. tägl. Verdienst, Erwerb oder Nebenberb. Prospekt gratis. P. Wagners Verlag, Leipzig 101. 6103

Schuhmacher und Sattler! Leder-Artikel u. Werkzeuge

Carl Götz Lederhandlung und Bankgeschäft Karlsruhe, Hebelstr. 11/15 beim Rathaus. 6100

Geld gegen monatliche Rückzahlg. bereit M. Calberaroto, Hamburg 5.

Militär-Alten unter Garantie des Einkaufens

Alteisen, Lumpen, Papier, Metalle und Glasscherben M. Kleinberger 6009

Erwerb des badische Staatsbürgerrecht

Wegen Aufnahme in den badischen Staatsverband wende man sich an das Parteisekretariat.

Das Büro befindet sich: Wilhelmstraße 47, 2. St. :: Telephon 2300.

Soeben erschien neu in 250. Auflage: Hygiene der Ehe

Arztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organen. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Stillfähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. —

Bezug gegen Einsendung von M. 2.— franko oder gegen Nachnahme dch. Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 842, Berlin NW 87.

Pferde-Versteigerung. Am Mittwoch den 11., Donnerstag den 12. und Freitag den 13. Dezember ds. Jrs., finden von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags ab in der „Neuen Kaserne“ durch das Jagd-Pferde-Depot des 14. U.S. in Durlach Pferdeversteigerungen statt.

Es kommen täglich 150 Pferde schweren und leichten Schlages zur Versteigerung.

Günlern ist ds. Viehe und überhaupt der Bestand der Versteigerung unterlagt.

Zugelassen werden nur Pferdegebräucher, die sich im Besitze einer roten oder weißen Pferdekarte befinden. Dieselben sind nunmehr an die Bezirksämter zur Verteilung; es genügt daher gemöhnliche Bescheinigungen vorerst nicht mehr.

Hofster und Stroße sind mitzubringen. Jagd-Pferde-Depot 14. U.S. Durlach.



Sie sparen Geld, wenn Sie Pelze, Muffe Plüsch-Garnituren in 5941

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. kaufen. Keine Lebenspfeifen. Sonntags von 11-6 Uhr offen.

Kinder-Musikspielwaren und Instrumente in großer Auswahl spottbillig Musikhaus Hbellias Wilhelmstr. 32.

Ein Posten gute Brieftaschen, zum Anschauen, Stüd 1.20 Mk abgegeben. 6103.7

Wilhelmstr. 32, 2. St. Gelber auf I. u. II. Doppeltheten, auch auf Land, ausgeteilt August Schmitt, Vantommilions- und Hypothekengeschäft Karlsruhe, Dirschstraße 42. Telephon 2117. 6016

Gute Leipziger Pelze. Nur moderne Sachen. Hauptmode: Fuchsformen Alasca-Fuchs. Wirklich: große Auswahl. Keine tours Ladenmiete. Nur 51.00

Karl Friedrichstr. 6 1 Treppe. K. Schorpp. Neben Pa. Spiegel & Wels, Nahe Schlossplatz.

Achtung! Gastwirtsgehilfen Achtung!

Einladung zu der am Dienstag, den 10. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr, im Saale des „Goldenen Adlers“, Karl-Friedrichstraße 12, stattfindenden

Versammlung aller arbeitslosen Gastwirtsgehilfen (Kellner, Köche, Hotelbediener usw.) Tages-Ordnung: Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Vollzähliges Erscheinen erwartet J. A.: Franz Wehler, Vors. der Arbeitsgemeinschaft.

Freunden eines gehaltvollen Humors empfehlen wir die badischen Kleinstadtgesschichten von Ferdinand Madlinger.

Preis 2 Mk. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksfreund“, Telephon 835.

Saschenuhren.

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 5942

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Zu verkaufen: 1 Wollbede, Stoff für Bettüberzug, Kleiderstoff, Plüsch-Anabenhut, weiß, Plüsch-Anaben-Käppchen, weiß, Strehmlegetagen Nr. 42, Stoff für Vorhänge und Vorhangquasten sowie Verschiedenes. 6101

Rugartenstr. 30, 3. St. r.

Militär-Alten unter Garantie des Einkaufens

Alteisen, Lumpen, Papier, Metalle und Glasscherben M. Kleinberger 6009

F. Buck's Spezial-Schreibkurse

Karlsruhe, Lessingstrasse 78, 4. Stock.

Für Kinder und Erwachsene.

Sämtliche meiner Schüler rühmen den schnellen und sichern Erfolg zu einer auffallend ge-
läufigen und schönen

Handschrift

(Deutsch - Latein - Rundschrift)

Für Kinder findet der Unterricht vormittags 9-11 oder nachmittags 2-4 statt, überhaupt
in schulfreien Stunden.

Erwachsene außer Tageskurse auch abends von 1/2 8 Uhr an.

Honorar Mark 15.-, Mißerfolg ausgeschlossen. Erstklassige Referenzen.
Fachmännische Behandlung bei Zittern, Müdigkeit und Schreibkrampf.

==== Brieflicher Unterricht nach allen Plätzen Badens. ====

Vorläufige Neuregelung des gesamten Kraftfahrzeugwesens der Volksregierung Baden.

Die große Knappheit an Gummiereisungen und an Betriebs-
stoffen, wie Benzol, Benzin, Schwebbenzin, Petroleum, Öl, Fett
usw., ferner mit Rücksicht darauf, daß diese Stoffe zur Aufrecht-
erhaltung und Neuerrichtung gewerblicher Betriebe notwendig
um die große Zahl der Arbeitslosen wieder beschäftigen zu kö-
nnen, zwingen die Regierung zu besonderen Maßnahmen.

Alle im Bereich der Volksrepublik Baden befindlichen, früher
der Heeresverwaltung gehörenden Kraftfahrzeuge stehen unter
dem Schutze der badischen Volksrepublik, sind unter Kontrolle des
Ministeriums für militärische Angelegenheiten Abt. K und tragen
besondere Kennzeichen.

Da es feststeht, daß viele Kraftwagen, besonders Personen-
kraftwagen, zu Zwecken verwendet werden, die mit der heutigen
schwierigen volkswirtschaftlichen Lage nicht in Einklang stehen,
wird der gesamte Kraftfahrzeugbetrieb der Volksrepublik Baden ab
15. Dezember gesperrt.

Die weitere Verwendung von Kraftfahrzeugen jeglicher Art von
diesem Termin ab ist rechtzeitig beim Ministerium für militärische
Angelegenheiten, Abteilung Kraftfahrzeuge, zu beantragen.

Die Dringlichkeit der Weiterbenutzung ist eingehend zu be-
gründen und von der zuständigen Behörde zu bestätigen, ferner
ist dem Antrag ein National des Kraftfahrzeuges nach einem
noch näher zu bezeichnenden Muster beizufügen.

Um durch die getroffenen Anordnungen eine Störung des un-
bedingt notwendigen Verkehrs von Kraftfahrzeugen zu vermeiden,
haben nachfolgende Stellen vorläufige Weiterbenutzung der ihr
z. Zt. zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeugen beim Ministerium
für militärische Angelegenheiten, Abteilung Kraftfahrzeuge,
sodort, evtl. telegraphisch zu beantragen:

1. Verwaltungsbehörden (einschl. Arbeiter-, Bauern- und
Bohrschränke, soweit dieselben von der Regierung bezw. Lan-
desauschusses der freien Republik Baden anerkannt sind).
2. Ämter und Tierärzte.
3. Gemeinde- und Kommunalverbände.
4. Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen.
5. Gewerbliche Betriebe.

Diesen Stellen wird eine vorläufige Zulassungsbescheinigung
als Ausweis ausgestellt, die Einreichung eines ausführlichen
Dringlichkeitsantrages (s. oben) wird durch die vorläufige Zulass-
ung nicht berührt.

Der gesamte Kraftwagenverkehr unterliegt nach wie vor den
Bestimmungen des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen
vom 8. Mai 1900.

Die Kennzeichen entsprechen der Form und Größe, wie im
Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen beschrieben. Zum
Unterschied von den Privatkraftfahrzeugen erhalten die unter
Kontrolle des Ministeriums für militärische Angelegenheiten
Abt. K. stehenden Kraftfahrzeuge Kennzeichen mit der Aufschrift
„Baden“ und einer Nummer. Die Aufschrift ist in grüner Balken-
schrift mit weissen, grün gerandeten Grunde auszuführen. Die
Zulassungsbescheinigung für diese Wagen werden ausüßl. vom
Ministerium für militärische Angelegenheiten, Abteilung Kraft-
fahrzeuge, ausgestellt. Die Kennzeichen sind von dem zuständigen
Bezirksamt unter Vorzeigung der Zulassungsbescheinigung und
des unterschriebenen Ausweises abzuliefern und zu registrieren.

Die Bestimmungen über die Führung besonderer Kennzeichen
bei Prüfungsfahrten — rote Balkenschrift auf weissem, rotgeran-
deten Grunde — werden durch vorstehende Anordnungen nicht be-
rührt.

Die Ausgabe der besonderen Kennzeichen für die Prüfungs-
fahrten der Kraftfahrzeuge der freien Republik Baden erfolgt
durch das Ministerium für militärische Angelegenheiten, Abteilung
Kraftfahrzeuge, bezw. der mit der Beaufsichtigung der Instand-
setzungsarbeiten beauftragten Stelle.

Ueber die Zuteilung von Gummiereisungen, Betriebsstoffen
usw. erfolgt besondere Anordnung; bis auf weiteres ist der Be-
darf beim Ministerium für militärische Angelegenheiten, Abtei-
lung Kraftfahrzeuge, zu beantragen.

Ueber reparaturbedürftige bezw. unbrauchbare Kraftfahr-
zeuge ist dem Ministerium für militärische Angelegenheiten, Abtei-
lung Kraftfahrzeuge, sofort Mitteilung zu machen, welche als-
dann die Reparatur bezw. den Umtausch des Kraftfahrzeuges ver-
anlassen wird.

Badische vorläufige Volksregierung:

Der Präsident: Ministerium für mil. Angelegenh.
gez. Geiß. gez. Brümmer.

Bad. Landestheater zu Karlsruhe.

Spielplan vom 9. bis 15. Dezember.

Die 13. Vorstellung der Montagsmiete „Bar und
Zimmermann“ findet nicht am Montag, den 9., sondern
am Dienstag, den 10. statt. Anfang 7/7. — Dienst. 10. (No. 13.)
„Bar und Zimmermann“, 7/7 bis 10/10 — Mittw. 11., 10. Son-
dervorst. Zum erstenmal: „Prinz Bagamut“, Märchenpiel in vier
Akten mit Ballet von Ernst Hartmut Egge, Musik von Artur
Kusterer, 5-7/8. Vorverkauf für die Platzmieter am Mont., 9.,
vorm. 10-11 Uhr; allgemeiner Vorverkauf von Montag, den 9.,
nachm. 3 Uhr an. — Donnerst. 12. (Do. 14.) „Die 5 Frankfurter“,
7-9. — Freit. 13. (Sa. 13.) „Meine Frau, die Casschaupielerin“,
7-9. — Samst. 14., 20. Sondervorst. „Prinz Bagamut“, 3-7/8.
— Vorverkauf für die Platzmieter am Dienst., 10., vorm. 10-11;
allgemeiner Vorverkauf von Mittw. 11., vorm. 10 Uhr an. —
Sonnt. 15., 21. Sondervorst. „Götterdämmerung“, 7/8-10/10. Vor-
verkauf für die Platzmieter am Mont. 9., nachm. 3-4; allgem.
Vorverkauf von Dienst. 10., vorm. 10 Uhr an. — Im Konzerthaus.
Samst. 14. „Die schöne Helena“, 7 bis geg. 10. — Sonnt. 15.,
nachm. 1/2 8 Uhr, „Polenblut“ (70 Bg. bis 3,20 Mk.), abends „Die
fünf Frankfurter“, 7/8-10/10 Uhr.

Holzstiefel

mit Lederbesatz zum Schnü-
ren, in allen Größen zu
haben bei

Levy

Markgrafenstr. 22.

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 11. Dez.
1918, vorm. von 9 Uhr
nachm. von 2 Uhr an, findet
im Rassenlokal des Reichshauses:
Schwanenstr. 6, 1. Stod, die
öffentliche Versteigerung der
verfallenen Pfänder
Nr. 3520 bis mit Nr. 5047
gegen Barzahlung statt.
Das Versteigerungslokal wird
1/2 Stunde vor Versteigerungs-
beginn geöffnet.
Die Kasse bleibt am Dienstag,
den 10. Dez. 1918 nachmittags
und am Versteigerungstage mor-
gens geschlossen; wird jedoch
nachmittags von 1/2 3 bis
5 Uhr geöffnet. 6080

Sterngewerbe Karlsruhe.

Sprechstunden:
Mi. u. Sa. 11.50 Uhr bis 12.15 Uhr
Geschäftszimmer: Sofienstr. 26

Mitglieder-Versammlung:

Jeden zweiten Mittwoch im
Monat in den „Vier Jahres-
zeiten“, Gabelstr. 21. 5194

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Karlsruhe.

Bis auf weiteres ist das Büro Montags, Mittwochs
und Donnerstags von 9 bis 5 Uhr täglich für den all-
gemeinen Verkehr geöffnet. Dienstags und Freitags
bleibt das Büro bis 6 Uhr abends geöffnet.

An Samstagen von 10 bis 11 Uhr mittags. Die
Bibliothek ist Dienstags und Freitags abends von
5 bis 6 Uhr geöffnet.

Die Arbeitlosenunterstützung wird Freitags von
9 bis 11 Uhr, die Krankenunterstützung wird Sams-
tags, vormittags von 9 bis 11 Uhr, ausbezahlt.

Die Ortsverwaltung.

6079

Deutscher Bauarbeiterverband

Berein Karlsruhe, Wilhelmstraße 47.

Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen, welche vor
und während des Krieges Mitglied bezogener Organisation
gewesen sind, ersuchen wir, ihre Anmeldung sofort zu vollzie-
hen und ihre Mitgliedsbücher in Empfang zu nehmen. Neu-
anmeldungen werden entgegengenommen im Büro. Dasselbe
ist geöffnet von morgens 8-11 Uhr und von 3-6 Uhr, Sams-
tags geschlossen. 6071

Die Vereinsleitung:

J. A. Fr. Krebs.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Ministeriums für militärische Ange-
legenheiten sind die Mannschaften der Geburtsjahre 1896 bis
1899 sofort wieder einzustellen.

Bestellungstag für den Landwehrbezirk Karlsruhe ist
Mittwoch, den 11. Dezember 1918.

Es haben sich die Mannschaften aus dem Amtsbezirk Karls-
ruhe beim Bezirkskommando Pforzheim, diejenigen aus
den Bezirksämtern Durlach und Ettlingen beim Bezirks-
kommando Bruchsal zu melden. Abfahrt derzüge aus
Karlsruhe und den von ihnen innerhalb des Bezirks durch-
fahrenden Stationen ist unten angegeben. Als Fahrtausweis
gelten die Militärpapiere, sonst mündliche Angabe. Zu ge-
stellen haben sich sämtliche Mannschaften, einerlei, welche
Entscheidung über ihre Dienstfähigkeit getroffen ist. Wer
glaubt, nicht dienstfähig zu sein, hat dies sofort unter
Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses dem hiesigen Bezirks-
kommando zu melden. Ueber Befreiungsgesuche entscheidet
das Bezirkskommando Pforzheim bezw. Bruchsal.

Mundberpflegung für einen Tag ist mitzubringen.
Wer diesem Befehle keine Folge leistet, zieht sich die gefeh-
liche Strafe zu.

ab Karlsruhe . . .	1 ⁰⁰ nachm.	ab Karlsruhe . . .	11 ⁴⁰ vorm.
„ Durlach . . .	1 ¹⁴ „	„ Durlach . . .	11 ⁵⁴ „
„ Weingarten . . .	1 ²³ „	„ Gröbzingen . . .	12 ⁰⁰ „
„ Untergrombach . . .	1 ²⁷ „	„ Berghausen . . .	12 ¹⁰ „
an Bruchsal . . .	2 ⁰⁴ „	„ Södingen . . .	12 ²⁰ „
		„ Kleinsteinbach . . .	12 ³⁰ „
		„ Wilferdingen . . .	12 ⁴⁰ „
		„ Königsbach . . .	12 ⁵⁰ „
		an Pforzheim . . .	1 ⁰⁰ nachm.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Fleisches und der Wurstwaren für die
Kriegsfläche Schlachthof ist für die Zeit vom 1. Januar bis 31.
Dezember 1919 zu vergeben.

Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis
längstens

Donnerstag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr,
bei uns Wollstraße 6, woselbst die Lieferungsbedingungen ein-
gesehen werden können, einzureichen.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt ausdrücklich vorbe-
halten.

Karlsruhe, den 8. Dezember 1918.

Städt. Kriegslieferungsamt.

6085

Aerztliche Anzeige.

Meine Sprechstunden finden jetzt Mon-
tags, Dienstags, Donnerstags und
Freitags statt (3/4 bis 4/2 Uhr).

Dr. Cramer

Karlsruhe, Kriegstrasse 144.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Bernhard Arnsperger

Hirschstraße 51 b.

Sprechstunden: 3-5 Uhr.

Ortskrankenkassen.

Auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauf-
tragten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom
22. November 1918 unterliegen vom 2. Dezember 1918 ab
Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähn-
licher gehobener Stellung, Handlungsgehilfen, Gehilfen in
Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern, Lehrern und
Erziehern der Krankenversicherungspflicht, wenn ihr regel-
mäßiger Arbeitsverdienst — einschließlich der Feuerungsbei-
hilfen, Kriegszulagen und sonstiger Nebenbezüge — nicht
mehr als 5000 Mark Entgelt beträgt.

Die Anmeldung dieser Personen hat, soweit sie nicht be-
reits nach früheren Bestimmungen der R.V.D. erfolgt sind,
bis spätestens 14. Dezember 1918 zu geschehen.

Für die zur Weiterversicherung und zum Beitritt berech-
tigten Mitglieder gelten vom 2. Dezember 1918 ab folgende
Bestimmungen:

Die Weiterversicherung nach § 11 der Satzungen hat in
der während der Pflichtmitgliedschaft bestandenen Lohnstufe
zu erfolgen; nur mit besonderer Zustimmung der Kassen-
vorstände kann das Mitglied in eine niedrigere Lohnstufe über-
treten.

Die seit Beginn des Krieges wegen des Uebererschreitens
der Einkommensgrenze von 2500 Mark aus der Kasse aus-
geschiedenen Mitglieder, ebenso die beitragsberechtigten Ver-
sicherten, deren Mitgliedschaft infolge Uebererschreitens der
Einkommensgrenze von 4000 Mark erloschen ist, haben, so-
weit nicht ihre Anmeldung als Pflichtmitglied in Betracht
kommt, die Berechtigung, bis spätestens 13. Januar 1919
wieder ihre Weiterversicherung zu beantragen. Bei der Un-
tragstellung ist ein ärztliches Gutachten vorzulegen; eine Er-
krankung, die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet
für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistung.

Karlsruhe, den 7. Dezember 1918.

Verwaltungsdirektion:

Sigmund.

Privatpargessellschaft in Karlsruhe.

Die Dividende für das Jahr 1918 ist vom Ausschuss wie
in den Vorjahren auf 8 Prozent des Zinsguthabens festge-
setzt worden.

Auf das Jahr berechnet ergibt sich daraus für alle am
Jahresabschluss vorhandenen Sparguthaben eine Gesamtver-
zinsung von

4 Mark 32 Pfg. vom Hundert.

Die Sparbücher sind satzungsgemäß zur Zins- und Divi-
denden-Gutschrift auf Jahresabschluss vorzulegen.

Soweit in diesem Jahr keine Einlagen oder Rückzahlun-
gen mehr beabsichtigt sind, können die Sparbücher schon von
jetzt ab in unruhen Geschäftsräumen abgegeben werden.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1918.

Der Verwaltungsrat.

Auo b. Durlach.

Versteigerung.

Frau Friederike Wöflinger Witwe, Auo, Wald-
hornstr. 70, läßt am kommenden Dienstag, den 10. Dez.,
vorm. 9 Uhr, in ihrer Behausung folgende Fahrnisse gegen
Barzahlung öffentlich versteigern:

Zwei Hobelbänke mit sämtlichem Schreinerwerk-
zeug, mehrere Stämme Nugholz (Kirschbaum),
1 Vadenstrahl, 1 guterhaltener Emailherd,
sowie neue Herrenkleider und sonst noch Ver-
schiedenes.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Chefgebote. Ludwig Behersdorfer von Fiedelbach, Küfer
hier, mit Karoline Kaufmann von Heid. Friedrich Eberhard von
Prake, Lehrer in Pforzheim, mit Anna Frael von Frankfurt a. M.
Wilhelm Weichert von Maulbronn, Fuhrmann hier, mit Regina
Kleiner geb. Koller von Ebersdorf.

Chefstellungen. Emil Linder von Leitzschneureut, Zimmer-
mann hier, mit Teresia Linder geb. Strobel von Reibheim. Hein-
rich Clebs von Spiesen, Freizeiter hier, mit Luise Dauer von Zürich.
Geburten. Anna Ida, v. Helig Weil, Zigarrenfabrikant.
Christine Elise Charlotte, v. Christian Philipp, Maurer. Oskar
Wilhelm, v. Friedrich Scherer, Verkaufsführer. Otto Heinrich, v.
Jakob Gerber, Schreiner. Eleonore Franziska, v. Franz Hüb.
Vätermeister. Walter Friedrich, v. Karl Daniel Huber, Ober-
revisor. Oskar Richard, v. Robert Schneider, Kaufmann.
Gans Wolfgang, v. Jakob Granat, Säuspieler. Ernst, v. G.
Turner, Maler. Margarethe Elisabeth, v. Hermann Brecht,
Vize-Postdirektor.

Todesfälle. Willibald Sachs, Möbelgeizner, ledig, 24 J. alt.
Luise Adt, 79 J. alt, Witwe von Franz Adt, Schuhmacher. Karo-
line Frei, 35 J. alt, Ehefrau von Christoph Frei, Fabrikarbeiter.
Emma Steibinger, 28 J. alt, ledig, ohne Gewerbe.